

Niederschrift

über die Sitzung am Montag, 31.08.2015
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Hans-Georg Fischer Ahaus

Mitglieder:

Michael Boland	Bocholt	
Annette Brun	Heiden	Anwesend bis 17.05 Uhr
Birgit Bühs	Stadtlohn	Vertretung für Frau Uta Röhrmann
Barbara Büscher	Stadtlohn	Vertretung für Frau Christel Wegmann; Anwesend ab 16.50 Uhr
Stefan Hegering	Bocholt	
Burkhard John	Gronau	Vertretung für Herrn Dr. Michael Räckers
Matthias Kamps	Bocholt	
Sandra Krüger	Borken	
Franz Küstner	Gronau	
Paul Lensing	Borken	Vertretung für Frau Anne König
Helmut Möllenkotte	Schöpping	
Dominique Niemeyer	Borken	
Theo Sanders	Bocholt	Vertretung für Herrn Josef Osterhues
Kevin Schneider	Isselburg	Vertretung für Frau Helga Rübenstahl
Jens Terbeck	Bocholt	
Marco van den Berg	Bocholt	

beratende Mitglieder:

Josef Brinkhaus	Heiden
Roger Hartmann	Bocholt
Ulrich Kirchner	Gronau
Matthias Schlettert	Borken

Vertreter/innen der Verwaltung:

Elisabeth Büning	
Dr. Ansgar Hörster	Kreisdirektor
Ingrid Thiehoff-Heiming	

Es fehlen entschuldigt:

Brigitta Franke	Borken
Helmut Seifen	Gronau
Reinhard Wehmschulte	Ahaus

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Fischer eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Frau Birgit Bühs, Herr Burkhard John, Herr Matthias Kamps und Herr Kevin Schneider werden vereidigt.

A. Öffentlicher Teil**Punkt 1: Inklusionsplan Bildung
Vorlage: 0181/2015**

Kreisdirektor Dr. Hörster verweist auf die Vorlage und stellt deutlich hervor, dass es sich bei dem Inklusionsplan Bildung um einen Rahmenplan handle. Die in dem Inklusionsplan Bildung aufgeführten Handlungsempfehlungen biete den kreisangehörigen Städten und Gemeinden einen Rahmen für die weitere Ausgestaltung des Inklusionsprozesses für den Bereich Bildung vor Ort.

Fachbereichsleiterin Büning teilt mit, dass der Inklusionsplan Bildung inhaltlich in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bildung und Schule vorgestellt worden sei. In der Zwischenzeit sei die Abstimmung mit den Städten und Gemeinden erfolgt und die Stellungnahmen der Arbeitsgruppe Wohlfahrtspflege sowie des Arbeitskreises Behindertenhilfe seien eingegangen. Die inhaltlichen Anmerkungen der Stellungnahmen seien in der internen Arbeitsgruppe Inklusion erörtert und zum Teil in den Plan eingearbeitet worden.

Frau Krüger erklärt, dass sie bei den Handlungsempfehlungen ab Seite 70 des Inklusionsplanes Bildung konkrete Maßnahmen vermisse. Weiterhin weise sie auf die Anregung der Arbeitsgruppe Wohlfahrtspflege hin, wonach die Gruppe der Flüchtlinge und Menschen mit Migrationshintergrund im Inklusionsplan keine ausdrückliche Erwähnung fänden.

Hierzu erläutert Frau Büning, dass bewusst die Handlungsempfehlungen offen gehalten worden seien, um nicht in die kommunale Selbstverwaltung einzugreifen. Der Kreis habe keine rechtliche Möglichkeit, konkrete Maßnahmen umzusetzen. Die Konkretisierung der Maßnahmen werde in den zuständigen Gremien erfolgen müssen. Die besonderen Bedarfe der Flüchtlinge und Menschen mit Migrationshintergrund fänden im Inklusionsplan Bildung insofern Berücksichtigung, dass der Migrationshintergrund einen zusätzlichen Unterstützungsbedarf erfordern könne. Grundsätzlich dürfe man Inklusion und Integration nicht vermischen.

Herr Dr. Hörster informiert den Ausschuss darüber, dass die Regionale Schulberatung des Kreises Borken die Handreichung „Flüchtlingskinder – Schule ein sicherer Ort“ herausgegeben habe. Die Broschüre sei zurzeit im Druck und werde an allen Schulen im Kreis Borken verteilt. Als Download stünde die Broschüre bereits auf der Internetseite der Regionalen Schulberatung zur Verfügung.

Herr Schneider erklärt, dass die Möglichkeit zur Beschulung in einer Förderschule weiterhin bestehen solle. Dies sei, so Herr Dr. Hörster, bereits in der letzten Ausschusssitzung ausführlich erklärt und diskutiert worden. Herr Schulrat Werner habe seinerzeit auf das 9. Schulrechtsänderungsgesetz verwiesen, worin das Recht des Kindes mit Unterstützungsbedarf auf gemeinsamen Unterricht an der Regelschule verankert worden sei. Darüber hinaus werde den Kindern mit Unterstützungsbedarf auch die Möglichkeit an einer Förderschule beschult zu werden aufgezeigt.

Herr John merkt die Herausforderung für Kinder mit Behinderung im Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule an. Frau Büning erklärt, dass ihr das Problem bekannt sei. Der Beratungsbedarf spiegelt sich beim Inklusionsplan Bildung insoweit wider, als dass „Systemunabhängige Beratungsangebote für Eltern, insbesondere in den jeweiligen Übergängen der Bildungseinrichtungen“ bei den Handlungsempfehlungen aufgenommen worden sei.

Frau Krüger bittet um Abänderung des Beschlusses. Der Arbeitskreis Behindertenhilfe solle explizit zur Begleitung des weiteren Umsetzungsprozesses im Beschluss genannt werden. Frau Büning schlägt vor, den Beschluss um die Ergänzung „insbesondere mit dem Arbeitskreis Behindertenhilfe“ zu ergänzen. Dies findet vom Ausschuss Zustimmung.

Auf die Frage von Herrn Küstner, ob es einen Arbeitskreis für Flüchtlinge beim Kreis gäbe, erklärt Herr Dr. Hörster, dass das Thema Flüchtlinge keine originäre Aufgabe des Kreises sei. Die Integration der Flüchtlinge sei in erster Linie ein kommunales Thema. Beim Kreis gäbe es eine interfraktionelle Arbeitsgruppe Integration, die sich mit dem Thema Integration beschäftige. Über die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe werde der Kreistag informiert.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss stimmt dem vorgelegten Inklusionsplan Bildung zu. Für die weitere Umsetzung des Inklusionsplans Bildung beschließt der Ausschuss folgendes Vorgehen:

1. Der Ausschuss für Bildung und Schule wird einmal im Jahr über den Umsetzungsprozess des Inklusionsplans Bildung informiert.
2. Die bestehende Arbeitsgruppe Inklusionsplan Bildung, insbesondere mit dem Arbeitskreis Behindertenhilfe, wird den weiteren Umsetzungsprozess begleiten.

Punkt 2: 1. Controlling-Bericht zum 30.06.2015
Vorlage: 0180/2015

Frau Büning verweist auf die Sitzungsvorlage. Zu den Punkten „Berufskollegs des Kreises Borken – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ sowie „Förderschulen des Kreises Borken – Schülerspezialverkehr“ gibt sie Detailinformationen. Das Thema „Schülerfahrkosten“ werde in der nächsten Ausschusssitzung thematisiert.

Herr Lensing erklärt, dass durch die Schließung, Gründung bzw. Verlegung von Schulstandorten das Thema „Schülerfahrkosten“ eine immense Baustelle darstelle. Es bittet darum, weitere Überlegungen und Entscheidungen im engen Schulterschluss mit anderen Gremien wie z.B. dem Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen zu treffen.

Frau Niemeyer erkundigt sich danach, ob für die nächsten Jahre eine Aufstockung von Lehrkräften angedacht sei, da durch die Flüchtlinge zukünftig die Anzahl der Schülerinnen und Schüler an den Schulen erheblich steigen werde.

Frau Büning teilt mit, dass die Flüchtlingskinder in den Notunterkünften nicht schulpflichtig seien. Grundsätzlich habe der Kreis Borken keinen Einfluss auf die Anzahl der Lehrkräfte, da

dies Ländersache sei. Jedoch seien die im Kreis Borken eingerichteten Stellen für Integrationsfachkräfte alle besetzt.

Herr Terbeck bittet darum, zukünftig die Kennzahl „Anzahl der Schüler/innen an öffentlichen Schulen (Grund-, Haupt- und Förderschulen)“ nach den einzelnen Schulformen aufzuschlüsseln.

Der Ausschuss für Bildung und Schule nimmt den 1. Controllingbericht 2015 zur Kenntnis.

**Punkt 3: Zwischenbericht zur Umsetzung des Landesvorhabens „Kein Abschluss ohne Anschluss - Übergang Schule – Beruf in NRW“
Vorlage: 0182/2015**

Frau Büning verweist auf die Sitzungsvorlage.

Auf Nachfrage von Frau Krüger erklärt Frau Büning, dass die Produktionsschule keine Schulform im herkömmlichen Sinne sei. Früher habe es verschiedene Angebote von Bildungsträgern für noch nicht ausbildungsreife Jugendliche gegeben, die langsam an den Arbeitsmarkt herangeführt werden sollten. Ein neues Angebot in diesem Feld sei die sogenannte Produktionsschule, die Jugendliche unter pädagogischer Anleitung Produkte erstellen lässt, um diese auch dem Markt zur Verfügung zu stellen. Frau Büning schlägt vor, nach einer Anlaufphase hier im Ausschuss über die Produktionsschule zu berichten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Kommunalen Koordinierungsstelle zum Landesvorhaben „Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule-Beruf in NRW“ (KAoA) zur Kenntnis.

Punkt 4: Beratungsstelle "Inklusive Bildungsbegleitung" - Projektvorstellung durch das DRK

Frau Marlis Spieker-Kuhmann, Frau Melanie Goreta und Herr Hendrik Hoffmann vom Deutschen Roten Kreuz (DRK) stellen anhand einer Präsentation die Beratungsstelle „Inklusive Bildungsberatung“ des DRK vor (Anlage 1).

Punkt 5: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 5.1: Aktuelle Situation der Deckenkonstruktion der kreiseigenen Sporthallen

Kreisdirektor Dr. Hörster berichtet über die Situation der Deckenkonstruktionen der kreiseigenen Sporthallen. Alle Schulträger seien Anfang August nach dem aus der Presse bekannten Vorfall in Bochum vom zuständigen Bauministerium aufgefordert worden, die Deckenkonstruktionen der Sporthallen zu überprüfen. Die Sporthalle der Lise-Meitner-Schule sei vorläufig gesperrt worden, da die Statik nicht kurzfristig nachberechnet werden könne. Da im nächsten Jahr grundsätzlich eine Sanierung der Sporthalle vorgesehen sei, werde die Deckenkonstruktion provisorisch gesichert. Die Sporthalle werde anschließend wieder zur Verfügung stehen.

Bei allen anderen Sporthallen bestehe akut keine Gefahr, zum Teil werden die Deckenkonstruktionen nachgebessert. In der Zwischenzeit werde die Deckenkonstruktionen alle zwei Monate überprüft.

Punkt 6: Anfragen

keine

Vorsitzender Fischer schließt die Sitzung.



Hans-Georg Fischer



Ingrid Thiehoff-Heiming

Anlagen

Anlage 1 - Präsentation „Rotes Kreuz im Kreis Borken im Bereich Bildung und Inklusion“